

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Barlai | Hartleb | Mikecz

# Das politische System Ungarns



**Nomos**

## **STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT**

**Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft  
an Universitäten und Hochschulen**

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende WissenschaftlerInnen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querverweise.

Melani Barlai | Florian Hartleb | Dániel Mikecz

# Das politische System Ungarns



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6747-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0819-7 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhalt

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	7
<b>Tabellenverzeichnis</b>	8
<b>Einleitung</b>	11
<b>Kapitel I Das ungarische Wahlsystem</b>	27
I.1 Einleitung	27
I.2 Das Wahlrecht zwischen 1848 und 1947	30
I.3 Einordnung des ungarischen Wahlsystems in die klassische Typologie von Wahlsystemen	31
I.4 Elektorale Integrität in Ungarn	34
I.5 Fazit	46
<b>Kapitel II Das ungarische Parteiensystem</b>	49
II.1 Einleitung	49
II.2 Tradiertere gesellschaftliche Konflikte und das ungarische Parteiensystem	52
II.3 Auswirkungen von historischen Konflikten auf die Konflikt- und Parteistrukturen nach dem Systemwechsel	54
II.4 Illiberale Abkehr von FIDESZ: Anti-Brüsseler Kümmerer- und Kartellpartei	58
II.5 Krise der ungarischen Sozialdemokratie	64
II.6 Die ungarische Opposition	65
II.7 Parteienfinanzierung	70
II.8 Fazit	71
<b>Kapitel III Parlamentarismus</b>	75
III.1 Einführung	75
III.2 Parlamentarismus in Ungarn: vom feudalen Landtag zum kommunistischen Scheinparlament	75
III.3 Der demokratische Übergang und das Parlament	78
III.4 Die legislative Agenda des ungarischen Parlaments	80
III.5 Verfassungsrechtliche und politische Veränderungen des Parlamentarismus nach 2010	86
III.6 Fazit	87
<b>Kapitel IV Regierung und Gesetz-/Verfassungsgebungsprozess</b>	89
IV.1 Einleitung	89
IV.2 Die Regierungen seit 1990	90
IV.3 Präsidentialisierungsprozess in den Koalitionsregierungen zwischen 1990 und 2010	91
IV.4 Der Gesetzgebungsprozess	101
IV.5 Der Verfassungsgebungsprozess	104
<b>Kapitel V Das Mediensystem</b>	111
V.1 Das ungarische Mediensystem im Sozialismus	111
V.2 Das ungarische Mediensystem nach 1990	112

## Inhalt

---

V.3	Medienpolitik seit 2010	113
V.4	Mediengesetze im Dienste der Machterhaltung und Machtsicherung	115
V.5	Rückschlüsse auf das Mediensystem der Orbán-Regierung	118
<b>Kapitel VI</b>	<b>Außenpolitik und internationale Beziehungen</b>	<b>121</b>
VI.1	Einleitung	121
VI.2	Jenseits der Romantik: Die Bedeutung der deutsch-ungarischen Beziehungen	121
VI.3	EU-Integration und Desintegration	124
VI.4	Neue „illiberale“ Weichenstellungen nach EU- und NATO-Beitritt	128
VI.5	Außenpolitik: im Dreieck von Wirtschaftsinteressen, Innenpolitik und Parteihegemonie	131
<b>Kapitel VII</b>	<b>Die Zivilgesellschaft</b>	<b>135</b>
VII.1	Einleitung: Historische Traditionen der Zivilgesellschaft in Ungarn	135
VII.2	Zivilgesellschaftliche Akteur:innen während des demokratischen Übergangs und bei den Verhandlungen am Runden Tisch	138
VII.3	Der zivilgesellschaftliche Sektor zwischen 1990 und 2010	141
VII.4	Die Zivilgesellschaft seit 2010	144
VII.5	Fazit	148
<b>Kapitel VIII</b>	<b>Die Stellung der Minderheiten</b>	<b>151</b>
VIII.1	Einleitung	151
VIII.2	Minderheitenpolitik bis 1990	151
VIII.3	Minderheitenpolitik seit 2010	156
VIII.4	Die Roma	157
VIII.5	Die Deutschen	162
VIII.6	Einstellung der ungarischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten	166
VIII.7	Fazit	169
<b>Kapitel IX</b>	<b>Politische Kultur und politische Partizipation</b>	<b>171</b>
IX.1	Einleitung	171
IX.2	Historische Wurzeln der politischen Kultur, Erfahrungen mit politischer Beteiligung	173
IX.3	Politische Kultur und politische Beteiligung zwischen 1990 und 2002	176
IX.4	Politische Kultur und politische Beteiligung zwischen 2002 und 2010	179
IX.5	Politische Kultur und politische Beteiligung zwischen 2010 und 2022	183
IX.6	Fazit	192
<b>Schlussbetrachtung: Ungarn – eine Autokratie?</b>		<b>195</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>		<b>207</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b>		<b>233</b>
<b>Bereits erschienen in der Reihe STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)</b>		<b>237</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung II.1:	Ideologische/organisatorische Transformation von Fidesz zwischen 1988 und 2023	59
Abbildung II.2:	An Fidesz-KDNP und die oppositionellen Parteien abgegebenen Stimmen seit 2002	67
Abbildung II.3	Verteilung der Parlamentssitze im ungarischen Parlament 2018–2022	68
Abbildung II.4:	Strategiedebatten in Ungarn im Vorfeld der EP-Wahlen 2019	69
Abbildung II.5:	Wahlkampfaufgaben der Parteien 2022	71
Abbildung IV.1:	Anteil von parteilosen Politiker:innen in den Regierungen (ung. kormány) seit 1990	96
Abbildung IV.2:	Ungarn zwischen 2006 und 2018 nach Bertelsmann Transformation Index (BTI)	106
Abbildung VI.1:	Juncker und Soros-Plakatkampagne	127
Abbildung VI.2:	EU-Nettopositionen der Mitgliedstaaten 2021	133
Abbildung VIII.1:	Karte der Bevölkerungsgruppen in Österreich-Ungarn im Jahr 1910	154
Abbildung VIII.2:	Karte der territorialen Verluste Ungarns nach 1920	155
Abbildung VIII.1:	Gedenktafel der ungarischen Grenzöffnung	164
Abbildung VIII.1:	Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung	166

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 0.1:	Gegenüberstellung Verfassungsstaat versus Autokratie	25
Tabelle I.1:	Demokratische Wahlrechtsgrundsätze	27
Tabelle I.2:	Mehrheitswahl versus Verhältniswahl	28
Tabelle I.3:	Wahlrecht zwischen 1848 und 1947	30
Tabelle I.4:	Das Wahlsystem bis 2012 und von heute	33
Tabelle I.5:	Unverhältnismäßigkeiten in den Einerwahlkreisen bis 2010	36
Tabelle I.6:	EWKs mit den größten Abweichungen 2022	38
Tabelle I.7:	Einfluss der Stimmen der Auslandsungar:innen und der Gewinnerkompensation auf die Listenmandate 2022	40
Tabelle III.1:	Themen der vom ungarischen Parlament verabschiedeten Gesetze, 1990–2021	81
Tabelle IV.1:	Regierungen seit 1990	95
Tabelle IV.2:	Parteimitgliedschaft von Ministern in den einzelnen Ministerien (Grad der Politisierung der Ministerien)	99
Tabelle IV.3:	Gesetzesentwürfe zwischen 2014 und 2018	100
Tabelle IV.4:	Gesetzgebung seit 1990 in Zahlen (inkl. der internationalen Abkommen)	102
Tabelle IV.5:	Eingereichte Gesetzesentwürfe zwischen 1990 und 2014	104
Tabelle IX.1:	Die zehn häufigsten Proteste in Ungarn, 1990–2002	179
Tabelle IX.2:	Mittelwerte der Unterstützung für eine engere EU-Integration, 2004–2010	180
Tabelle IX.3:	Mittelwerte des Vertrauens in politische Institutionen, 2002–2010	180
Tabelle IX.4:	Mittelwerte der Einstellungen, 2002–2010	181
Tabelle IX.5:	Mittelwerte der Einstellungen zur Einwanderung, 2002–2008	181
Tabelle IX.6:	Die zehn häufigsten Proteste in Ungarn, 2002–2010	182
Tabelle IX.7:	Prozentualer Anteil der Befragten, die in verschiedenen Formen der politischen Beteiligung aktiv sind, 2002–2010	183
Tabelle IX.8:	Prozentualer Anteil der Befragten, die in verschiedenen Formen der politischen Beteiligung aktiv sind, 2012–2018	184
Tabelle IX.9:	Mittelwerte der Einstellungen, 2012–2018	189
Tabelle IX.10:	Mittelwerte der Unterstützung für eine engere EU-Integration, 2012–2018	191

Tabelle IX.11:	Mittelwerte der Einstellungen zur Einwanderung, 2012–2018	191
Tabelle IX.12:	Mittelwerte des Vertrauens in politische Institutionen, 2012–2018	191

## Einleitung<sup>1</sup>

Quo vadis, rätsel- und mythenhaftes Ungarn? Magyaren, Balaton, Puszta, Piroška, Zigeunermusik, Lángos und Gulasch – sind häufige Assoziationen. Wir sprechen über ein geschichtsreiches Land voller Traumata und Temperament, heroisch und tragisch sowie mit einer gewissen Grundmelancholie ausgestattet (vgl. Lendvai 2020) ausgestattet. In Ungarn gehört das Schimpfen über „die-da-oben“, die „stehlen, klauen und betrügen“, zum Alltag. Das heutige Ungarn ist so nah und mittlerweile doch so fern, zumal, wenn es nicht um küchenpsychologische Deutungen, sondern um politikwissenschaftliche Einordnungen geht. Wer ein formal demokratisches politisches System studiert, beschäftigt sich mit Entwicklungen, Reformen und der Frage, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Gibt es Druck von „unten“ (inputs), oder fallen Entscheidungen einfach „von oben“, die sich dann an „outputs“, gerade in einzelnen Politikfeldern (policies) messen lassen. Wie fällt dann aber das Feedback aus, etwa bei Wahlen? Sind Regierungen stabil? Und wie verhält es sich mit dem Parlamentarismus, der in sogenannten parlamentarischen Systemen eine wichtige Funktion ausübt? Und welche Rolle spielen intermediäre Instanzen, insbesondere Parteien, Medien und Verbände? Deren Aufgabe ist ja gerade, die Meinungen und Interessen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, sie zu bündeln und in den politischen Prozess zu überführen (vgl. Easton 1965). Spätestens hierbei geht es auch um politische Diskurse, Mentalitäten und Einstellungen.

Das vorliegende Buch will das politische System für ein deutschsprachiges Publikum nüchtern, aber doch faktenreich analysieren. Ungarn hat eine besonders emotionale Beziehung zu Deutschland (wie auch zu Österreich) – und umgekehrt. Das gegenseitige Interesse ist groß und historisch-kulturell über Jahrhunderte gewachsen. Daran konnten auch die leidvollen Diktaturerfahrungen nichts ändern. Die erste ungarische Königin, die Gemahlin Stephans des Heiligen, war die aus der Sachsen-Dynastie stammende Gisela von Bayern (984 oder 985–1065 n.Chr.). Sie wurde seliggesprochen. Man muss aber gar nicht so weit in die Geschichte zurückgehen: Ohne Ungarn wäre die deutsche Einheit nicht verwirklicht worden. Am 2. Mai 1989 begannen ungarische Soldaten, Grenzzäune zu zerschneiden. Flüchtlinge der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) konnten dadurch über die Grenze nach Österreich und dann in die Bundesrepublik Deutschland fliehen. Das wurde deshalb möglich, da am 19. August desselben Jahres beim „Paneuropäischen Picknick“, eine Friedensdemonstration unter Initiative des damaligen Europaabgeordneten Otto von Habsburg sowie von sich formierenden oppositionellen Kräften, zwischen dem österreichischen Sankt Margareten und dem ungarischen Sopron die Grenzen geöffnet wurden. Ungarn leistete diesen großen Beitrag ganz ohne eigene Gegenleistung (vgl. Schmidt-Schweizer 1997). Das deutsch-ungarische Verhältnis geht aber über Romantik und Idealismus hinaus. Es war inniger für Ostdeutsche, die am großen See, den Balaton (Plattensee), Urlaub machten und westdeutsche Verwandte treffen konnten.

---

1 Das Manuskript wurde am 3. März 2023 abgeschlossen.

## Einleitung

---

Wirtschaftlich lässt sich zwischen Ungarn und Deutschland eine enge Verflechtung konstatieren. Mit mehr als einem Viertel der Aus- und Einfuhren ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Handelspartner Ungarns. Zahlreiche deutsche Unternehmen, insbesondere aus der Automobilindustrie, bspw. Daimler und Audi, haben sich in den letzten Jahren in Ungarn angesiedelt und produzieren hier auch für Drittmärkte. Die in Ostungarn gelegene Stadt Debrecen ist ein neues europäisches Zentrum für die Herstellung von Batterien für E-Autos. BMW baut sein Werk Debrecen „als modernstes Werk der Welt“ für die Montage von Hochvoltbatterien in seinen E-Autos. Deutsche Konzerne investieren kräftig in Ungarn, seit 2010 auch steigend. Das schließt, trotz der Haltung zum Russland-Krieg und zur Ukraine, auch die Rüstungsindustrie über Rheinmetall ein (n-tv.de 2023). Dazu kommt: Viele Entscheidungsträger:innen haben eine enge persönliche (mitunter auch kulturelle) Bindung zu Deutschland.

Dieser Band untersucht, wie es zu einer Entfremdung kommen konnte, da sich Ungarn politisch auch von deutschen Maßstäben wegbewegt hat. Das zeigte sich insbesondere während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016, aber generell auch in der Sichtweise von nationaler Identität und Fremdbestimmung. Die Zeiten der 1990er Jahre, als Deutschland, etwa auch über politische Stiftungen, erklärte, wie das Modell der Sozialen Marktwirtschaft aussieht, wie Parteien, idealerweise „Volksparteien“ funktionieren, sind vorbei. Dies spricht für ein neues Selbstbewusstsein, das sich auch in anderen ost(mittel-)europäischen Staaten eingestellt hat. Nicht nur mit Blick auf die Parteien stellt sich bereits seit langem die Frage, ob die westeuropäische Brille nicht abgelegt werden muss, osteuropäische Demokratien nicht als Trendsetter fungieren – freilich auch mit Blick auf Krisendiagnosen (vgl. Bos/Segert 2008). Selbst in Deutschland wird seit Jahren über Parteien- und Politikverdrossenheit diskutiert. In westlichen Demokratien ist zudem eine Debatte über sogenannte Wutbürger:innen aufgekommen, die sich vom politischen System entfremdet haben. In Ungarn hingegen hat sich eine Hegemonialpartei herauskristallisiert, die offenbar bei der ungarischen Bevölkerung gut ankommt.

Wer die Lage nüchtern analysiert bzw. analysieren will, sieht viel Diskussionsbedarf, weshalb dieses Buch entstanden ist – zumal es sich in deutscher Sprache an ein deutschsprachiges Publikum richtet. Immer wieder taucht der Vorwurf auf, Ungarn allein oder vor allem wegen der Sprache nicht zu verstehen – das Land ist Teil der finno-ugrischen Sprachfamilie. Führt die sprachliche Isolation zu einem Nichtverstehen, zu grobschlächtigen Urteilen? Immerhin: Galt Ungarn in den 1990er Jahren als Erfolgsbeispiel einer erfolgreichen Systemtransformation hin zu einer liberalen Demokratie. Die Systemwechselforschung erkannte eine außerordentlich schnelle Demokratiekonsolidierung für den ostmitteleuropäischen Staat Ungarn. Qualität wie Stabilität würden sich demnach nicht mehr wesentlich von den westeuropäischen Demokratien unterscheiden (vgl. Merkel 2007a). Doch es stellt sich die Frage, wie sich der politische und gesellschaftliche Status quo Ungarns entwickelt. Dass Ungarn, einst Teil des Habsburgerreichs, nach den geschichtlichen Wunden in den Westen zurückkehren wollte, galt als Konsens in Politik und Gesellschaft. Nun könnte das Land Trendsetter einer Entwicklung im

globalen Kontext sein, das Ende des vermeintlichen „Siegzugs der Demokratie“ und den Anfang einer neuen Selbstbegrenzung unter chinesischen und russischen Einflusssphären (vgl. Theisen 2022) einleiten.

Ungarn hat rund 9,7 Millionen Einwohner, darunter gut 95 Prozent ethnische Ungar:innen. Der Rest der Staatsnation besteht aus 13 staatlich anerkannten Minderheiten, unter denen die der Roma mit einer geschätzten Million die größte ist, gefolgt von den Ungarndeutschen. Lange hatte in Ungarn das Wort „System“ (*ung. „rendszer“*) eine negative Konnotation quer durch unterschiedliche Regime-typen. Das galt auch während der 24-jährigen Regentschaft des Reichsverwesers Miklós Horthy (1920–1944) – zeitweise ein enger Verbündeter von Adolf Hitler – ebenso wie während des Kommunismus, der untrennbar mit Janos Kádár verknüpft ist. Seit 2010 wird der Begriff des Systems hingegen positiv gedeutet: Ein „feierliches Manifest“ spricht nach einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Fidesz-Partei von der Gründung eines neuen Systems, das System der Nationalen Zusammenarbeit. Wörtlich: „Die ungarische Nation verpflichtet mit dieser historischen Tat die zu begründende Nationalversammlung und die in Entstehung befindliche neue Regierung dazu, entschlossen, kompromisslos und unerschütterlich die Arbeit zu lenken, mit der Ungarn das System der Nationalen Zusammenarbeit aufbauen wird“ (vgl. Dalos 2022: 9–11). Das System „Orbán“ wird daher mit Antipluralismus verbunden – Pluralismus steht für den freien Austausch von Interessen und Meinungen, der dann eine Gemeinwohlbestimmung möglich macht (vgl. Bos 2018).

Die nun dominante Fidesz-Partei ist untrennbar mit der ungarischen Transformation und Entwicklung von über drei Jahrzehnten verbunden. Die Partei entwickelte sich Ende der 1980er Jahre aus einem Kreis junger oppositioneller Intellektueller. In dieser Phase gelangte Viktor Orbán zur Berühmtheit, als er am 16. Juni 1989 als gerade 26-Jähriger bei der feierlichen Umbettung des von den Sowjets exekutierten Ministerpräsidenten Imre Nagy – bis heute als Held der erfolglosen tragischen Revolution von 1956 gefeiert – vor 150.000 Menschen eine viel beachtete Grabrede hielt, in der er mutig den Abzug der Sowjettruppen forderte. Ziel war nicht eine Fortsetzung oder Wiederbelebung des Aufstandes, sondern ein friedlicher Übergang, mittels dessen die Ziele von 1956 verwirklicht werden sollten (vgl. Rainer 2006). Aus dieser Bewegung namens *Fiatal Demokraták Szövetsége* („Bund junger Demokraten“), kurz Fidesz (*lat. Treue, Glaube*) gelang es, eine antikommunistische Generationenpartei (die Mitglieder mussten anfangs unter 35 Jahre sein) zu formieren. Ursprünglich liberal ausgerichtet, hat die Partei eine Wendung vollzogen, die positive Stimmen als Idealbild einer „Volkspartei“ beschrieben haben, die das Mitte-Rechts-Zentrum besetzt und den Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit vollzieht (Oltay 2013). Elektoral verzeichnet die Partei trotz oder wegen dieser Wandlungsprozesse große Erfolge, bis hin zu Zweidrittelmehrheiten.

Auf dem Wahlplakat von 1990 war der innige Kuss zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker zu sehen – mit der ironischen Botschaft „Bitte wählen!“; darunter war als „Kontrastfolie“ mit dem Fidesz-Logo ein Kuss eines jungen, attraktiven Paares abgebildet (vgl. Simon 2002). Eine solche Toleranz sucht man heute

## Einleitung

---

vergeblich, da es nun um die Verteidigung eines konservativen Familienbildes geht – das vor vermeintlichen Fremdeinflüssen verschiedener Couleurs bewahrt werden soll. Frei von inneren, auch moralischen Widersprüchen ist das nicht, wie der Fall von József Szájer zeigt. Er galt als einer der engsten Verbündeten der sogenannten Orbán-Clique, als eine der zentralen Figuren der konservativen neuen Verfassung. Szájer, langjähriger Europaabgeordneter und verheiratet mit einer hohen Verfassungsrichterin, wurde während des Corona-Lockdowns im November 2020 im Zentrum Brüssels auffällig, da er auf einer Homosexuellenparty nach Polizeieinsatz nackt über eine Dachrinne flüchten wollte (vgl. BBC 2020).

Auf eigenen Füßen stehen, innen- wie außenpolitisch, gilt offenbar als zentrales Narrativ der Gegenwart. Hier gilt offenbar: Die nationale Zugehörigkeit ist keine Sache der Abstammung oder des Aussehens, sondern das Ergebnis einer dauerhaften Willensentscheidung, gerade Ungarn und seiner Kultur anzugehören. Homeland = Ungarn = Fidesz = Orbán? Wie der ungarische Fall deutlich zeigt, werden gerade gesamteuropäische Krisen genutzt, um das eigene Macht- und Wertesystem zu zementieren und Heroismus zu implementieren. Einsam, missverstanden, eine Bedrohungslage für die nationale politische Kultur? Oder, brennglasartig verdichtet, ein Aufbäumen gegen Globalisierung und weltpolitische Unsicherheiten? „National First“ trifft jedenfalls den Zeitgeist, auch als Geschäftsmodell, um die existente wie drohende Aus- und Abwanderung zu verhindern. Empirisch zeigt sich, dass die Fidesz-Partei gerade in ländlichen Gebieten Erfolge verzeichnen kann, also vom Stadt-Land-Cleavage profitiert, was sich in einer übergroßen Dominanz widerspiegelt. Fidesz selbst ist kein einheitlicher Block, keine Staatspartei, wie es in kommunistischen Systemen Usus war. Man pflegt auch ein Wahlbündnis mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP).

Für politische Systeme gibt es keine Ewigkeitsklausel, auch wenn gegenwärtig genau eine solche Installation in Ungarn versucht wurde. Dass liberale Demokratien enden können, ist mittlerweile zu einem realistischen Szenario geworden, wie nicht nur die Präsidentschaft Donald Trumps zeigt (vgl. Levitsky/Ziblatt 2018). Schon in dessen Wahlkampf bekundete Orbán Unterstützung wie Bewunderung für Trump. Dahingegen wird suggeriert, die EU und die liberale Demokratie seien ausgelaugt. Schon 2008 konstatierte der ungarische Politikwissenschaftler Attila Ágh ein sogenanntes „Post-EU-Beitrittssyndrom“. Damals war die Fidesz noch Oppositionspartei, die Unzufriedenheit ließ sich aber mit Händen greifen (Ágh 2008). Nach 2010 wurde, auch mit einer zeitweiligen Zwei-Drittel-Mehrheit, das parlamentarische System Ungarns umgebaut – mit Folgen für die Bewertung der liberalen Demokratie aus dem Ausland. Ungarn sank in allen Indizes rasch ab, die in der vergleichenden Politikwissenschaft – und zwar auf Grundlage der Einschätzungen von Expert:innen internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen – zur Messung von Demokratie, Pressefreiheit oder gesellschaftlicher Korruptionsanfälligkeit verwendet werden. Nach der angesehenen NGO „Freedom House“ ist Ungarn seit 2020 keine Demokratie mehr (Freedom House 2020). Darüber hinaus gibt es kritische Stimmen aus Ungarn selbst: „Hungary turns its back on Europa“, lautet eine Protestschrift aus der Kulturszene und dem intellektuellen Bereich (Bajomi et al 2020). Auch hier gibt es eine Vorgeschichte. Orbán attackierte immer

## Kapitel II Das ungarische Parteiensystem

### Zusammenfassung

In diesem Kapitel erfahren Sie mehr über die Entwicklung des ungarischen Parteiensystems. Nach dem Überblick über die Parteigründungen seit dem 20. Jahrhundert werden die tradierten historischen Konfliktlinien und ihre Auswirkungen auf das heutige Parteiensystem dargestellt. Darauf folgt die Analyse der Regierungs- und der oppositionellen Parteien. Abschließend findet eine Typologisierung des heutigen Parteiensystems statt.

### II.1 Einleitung

Parteien sind von zentraler Bedeutung in einer liberalen Demokratie. Sie stehen für die Interessenvielfalt in der Bevölkerung und sollen diese als Projektionsfläche abbilden. Im deutschen Grundgesetz etwa steht, Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit (Art. 21 GG). Das ist im Grunde eine Unterbreitung. Parteien sind wesentlich dafür verantwortlich, dass sich ein funktionierendes parlamentarisches System entwickeln kann – zumal nach einer Diktaturerfahrung, die oftmals mit einem Ein-Parteien-Staat einherging.

In der Demokratie sind Parteien Garant von gesellschaftlichem Pluralismus: Sie stehen für einen freien Austausch von Interessen und rekrutieren die politischen Entscheidungsträger:innen. So vermengen sich Parteitätigkeit und politisches Mandat. Für Länder wie Ungarn, die jahrzehntlang von einer Staatspartei über ein Politbüro des Zentralkomitees (ZK) regiert, besser gegängelt wurden, bedeutete das einen großen Umbruch. Menschen mussten lernen, die Idee einer Partei frei zu entwickeln. Parteien wiederum mussten eine Organisationsstruktur aufbauen und für neue Mitglieder werben. Das bedeutet in der Umsetzung, die (freie) Meinung einzubringen, Parteien „von unten“ zu gründen, sich auf eine intern möglichst konsensfähige politische Ausrichtung zu verständigen, ein Grundsatz- und Parteiprogramm zu schreiben, innerparteiliche Demokratie mit eigenständigen Parteigremien und -gliederungen zu implementieren und einen Wahlkampf zu organisieren. Hier stellen sich auch viele rechtliche Fragen, etwa, was die Parteienfinanzierung angeht. Wahltaktisch stellt sich eine neue Situation ein: Wie wirkt sich die Mobilisierung der Menschen nach dem Gewinn der persönlichen Freiheit aus? Schließlich geht es auch darum, in einem möglichst freien Wettbewerb eine Wahlkampagne zu organisieren und kompetitiv zu Wahlen anzutreten. Ohne Vorerfahrung kommt das alles einer Herkulesaufgabe gleich. Anders als in westlichen Demokratien bedeuteten diese Schritte einen Anfang „bei null“ – wobei ein Rückgriff in die Historie, besser auf tradierte Deutungsmuster, durchaus interessant sein kann. In Ungarn schien das nach dem Systemwechsel in den Jahren 1989/1990, die Folge einer Implosion des Systems, erstaunlich schnell zu funktionieren.

Das neu entstandene Parteiensystem in Ungarn gewann im Vergleich zu anderen Staaten der Region, insbesondere in Ostmitteleuropa, sehr schnell eine stabile Struktur. Bereits im Vorfeld des Systemwechsels hatte sich eine Reihe von poli-

## Kapitel II Das ungarische Parteiensystem

---

tischen Parteien neu- bzw. wiedergegründet, sodass bereits vor den ersten demokratischen Wahlen im Frühjahr 1990 die Grundstrukturen eines pluralistischen Parteiensystems vorhanden waren. Fünf der sechs nach den ersten freien Wahlen 1990 in das Parlament eingezogenen Parteien waren dort auch noch in der fünften demokratischen Legislaturperiode zwischen 2006 und 2010 vertreten. Im zunächst dreidimensionalen Parteiensystem ließen sich grob christlich-konservative, liberale und sozialdemokratische Parteien unterscheiden. Das sind die klassischen Grundströmungen, die wir generell aus dem 19. Jahrhundert kennen, als sich die politischen Grundideologien entwickelten: namentlich Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus. Während der ersten beiden Legislaturperioden entwickelte sich aus dieser Struktur ein bipolarer Parteienwettbewerb, in dem je eine große Partei das linke und das rechte Lager dominierten. Daneben gelang regelmäßig zwei bis drei kleineren Parteien der Einzug ins Parlament.

Auf der linken Seite des politischen Spektrums formierte sich die im Oktober 1989 entstandene Ungarische Sozialistische Partei (*Magyar Szocialista Párt*, MSZP) als stärkste Kraft. Sie kann als Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (*Magyar Szocialista Munkáspárt*, MSZMP) gelten, die wiederum nach der blutigen Niederschlagung der Revolution von 1956 gegründet wurde – als taktisches Zeichen, das repressive Regime zu erhalten. Denn, trotz des scheinbaren parteipolitischen Pluralismus – entstanden nach der Rundfunkrede von Imre Nagy am 30. Oktober 1956, der die Neugründung von politischen Parteien und die Formierung einer Regierungskoalition verkündete (vgl. Kende/Mink 1997: 9–24) – konnten oppositionelle Parteien wie die Sozialdemokratische Partei, die Petöfi Partei (frühere Bauernpartei) und die Partei der Kleinlandwirte keine Erfolge erzielen. Ihre Wähler:innenbasis verloren sie an die kommunistische MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) (vgl. Németh 1956: 96), die ähnlich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, kurz SED, das zentrale Organ des parteizentrierten und monopolistischen staatlichen Machtapparates war.

### Das Kádár-Regime

Das Kádár-Regime (1956–1989) galt im Gegensatz beispielsweise zur Ära Erich Honeckers und im Vergleich zu anderen, von den Sowjets besetzten Staaten, als weniger totalitär. Die Sicherung eines relativ guten Lebensstandards und der Reisefreiheit ermöglichte den Ungarn im Ostblock ein vergleichsweise erträglicheres Leben, das zugleich das Prestige des Systems erhöhte.

Nach ihrem schlechten Abschneiden in den ersten demokratischen Wahlen im Frühjahr 1990 konnte sich die MSZP, wohl auch taktisch motiviert, schnell als sozialdemokratische Partei profilieren und das Vertrauen der „linken“ Wähler:innen (wieder-) gewinnen. Das war die Grundlage dafür, dass sie bereits aus den Parlamentswahlen 1994 als stärkste Partei hervorging und die Regierung übernahm. Hier lässt sich auch mit einem Wettbewerbsvorteil argumentieren: Die Partei war gesellschaftlich auch weit stärker verankert als andere Parteien, nutzte die alten Netzwerke und konnte durch die postkommunistischen Strukturen etwa „Bürger:innenbüros“ unterhalten.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums entwickelte sich der Bund der Jungen Demokraten (*Fiatl Demokraták Szövetsége, Fidesz*) zur dominierenden Kraft. Die 1988 als liberale Jugendbewegung gegründete Partei vollzog bereits gegen Ende der ersten demokratischen Legislaturperiode eine programmatische Neuausrichtung, mit der sie sich vom liberalen in das national-konservative Lager bewegte. Die damit verbundene Orientierung auf die Bürgerlichkeit schlug sich auch in der Ergänzung des Parteinamens durch das Kürzel MPP (*Magyar Polgári Párt*, Ungarische Bürgerliche Partei) nieder. Die anderen Parteien der christlich-konservativen Parteienfamilie – das Ungarische Demokratische Forum (*Magyar Demokrata Fórum, MDF*), die Christlich-Demokratische Volkspartei (*Kereszténydemokrata Néppárt, KDNP*) und die Unabhängige Kleinlandwirtpartei (*Független Kisgazdapárt, FKGP*) – bildeten zwar die erste demokratisch legitimierte Regierung, wurden aber in den folgenden Jahren von Fidesz absorbiert. Das Fidesz-Projekt war offenbar auch erfolgreich, weil es als Partei der jungen Generation wahrgenommen wurde – ein Gegensatz zu den alten Kadern in der kommunistischen Zeit. Während MDF und FGKP von der politischen Bühne verschwunden sind, ist KDNP als Koalitionspartner von Fidesz bis heute präsent. Allerdings ist der Einzug von Abgeordneten der KDNP ins Parlament nur über eine gemeinsame Liste mit Fidesz möglich.

Als liberaler Gegenpol zu den christlich-konservativen Parteien positionierte sich zunächst der 1988 gegründete Bund Freier Demokraten (*Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ*), der in den ersten freien Wahlen nach dem MDF auf Platz zwei landete. Nach den Wahlen des Jahres 1994 setzte sich der sozialliberale Flügel der Partei durch, was die Grundlage für die erste Koalition mit der MSZP bildete. An diesem Kurs hielt der SZDSZ auch in den folgenden Jahren fest. Allerdings verlor die Partei dabei sukzessive an Bedeutung.

Bis zu den Parlamentswahlen im Jahr 2010 bestimmten die ungefähr gleich starken Großparteien MSZP und Fidesz die bipolare Struktur des Parteiensystems. Mit dem von Fidesz in diesen Wahlen erzielten Erdrutschsieg, der sich in einer Zwei-Drittel-Mehrheit im ungarischen Parlament niederschlug, wurde dann ein grundlegender Umbruch des Parteiensystems eingeleitet. Fidesz ist seitdem die allein dominierende Partei, der sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite wesentlich kleinere Parteien gegenüberstehen. Außerdem zogen 2010 mit der rechtsradikalen Bewegung für ein besseres Ungarn (*Jobbik Magyarországért, Jobbik*) und der grün-liberalen Partei „Die Politik kann anders sein“ (*Lehet Más a Politika, LMP*) auf beiden Seiten des politischen Spektrums neue Kräfte ins Parlament ein, während mit MDF und SZDSZ zwei etablierte Parteien des Systemwechsels verschwanden. Den Platz der Liberalen übernahm die 2015 aus der NOLimpia-Bewegung entstandene liberale Partei Momentum, die bei der EP-Wahl 2019 einen überraschenden Erfolg erzielte und gleich zwei Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden konnte. Seit April 2022 sind sie mit 10 Abgeordneten im ungarischen Parlament vertreten.

## Kapitel II Das ungarische Parteiensystem

### Die Partei Jobbik

Mit dem Namen Rechte Jugendgemeinschaft (Jobboldali Ifjúsági Közösség, kurz Jobbik) legte Jobbik den geistigen Grundstein für den heutigen Rechtsextremismus. 1999 riefen Universitätsstudenten aus Frustration über die politischen Eliten die Jugendgemeinschaft „Ungarischer Jugendkreis für das Nationale Erwecken“ ins Leben, die sich im Oktober 2003 zur Partei Jobbik formierte. Jobbik trat dezidiert mit System- und Gesellschaftskritik hervor und kämpfte, wie ihr Motto verriet: „*Se nem jobb, se nem bal – keresztény és magyar*“ (nicht Rechts, nicht Links – christlich und Ungar), gegen die „mainstream“-Realpolitik der beiden Großparteien MSZP und Fidesz. Zusammen mit der paramilitärischen Ungarischen Garde (*Magyar Gárda*) marschierten Jobbik-Mitglieder in von Roma bewohnten Dörfern auf.

### NOLimpia-Bewegung

Mit dem Slogan „NOLimpia“ startete 2017 die 2015 von jungen Ärzt:innen, Ökonomen und Studierenden gegründete Bewegung Momentum eine Unterschriften-Kampagne gegen die Abhaltung der für 2024 in Budapest geplanten Olympischen Spiele. Die Aktion war erfolgreich, und die Hauptstadt zog schließlich ihre Bewerbung zurück. Daraufhin gründete die Bewegung die gleichnamige Partei Momentum 2018.

Auf den ersten Blick verfügt Ungarn über ein pluralistisches Parteiensystem, in dem Parteien von rechtsaußen bis links der Mitte Platz finden. Allerdings wird bei näherer Betrachtung die Wettbewerbsverzerrung zugunsten der seit 2010 mit Zweidrittelmehrheit regierenden Fidesz-KDNP augenscheinlich. Diese Machtverschiebungen beeinflussen aber nicht nur institutionelle Mechanismen, sondern zeugen ebenfalls von historischen Pfadabhängigkeiten, die bis heute das Parteiensystem von Ungarn prägen – mit drastischen Folgen auf den Wirkungsbereich der Opposition.

## II.2 Tradierte gesellschaftliche Konflikte und das ungarische Parteiensystem

Das ungarische Parteiensystem wird neben institutionellen Aspekten auch von gesellschaftlichen Konfliktlinien, von sogenannten Cleavages, geprägt. Das Cleavage-Konzept geht von der Annahme aus, dass historische Strukturen und Charakteristika die Wahlentscheidungen der Wähler:innen mitbestimmen. Parteien und Parteiensystem können danach als Abbild von sozialen Konstellationen aufgefasst werden. Vor diesem Hintergrund soll in diesem Abschnitt kurz dargestellt werden, welche tradierten gesellschaftlichen Konflikte in Ungarn vorzufinden sind, die das Gesellschafts- und Parteiensystem strukturieren. Auf diese Weise sollen das heutige ungarische Parteiensystem und die Struktur der politischen Auseinandersetzungen verständlicher gemacht werden.

### Cleavage-Konzept

Das Cleavage-Konzept wurde von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan in ihrer 1967 erschienenen Untersuchung der gesellschaftlich-politischen Konflikte in westeuropäischen Parteiensystemen entwickelt, in der sie auf der Grundlage

von sozialstrukturellen Aggregatdaten die Wechselbeziehung zwischen sozio-politischen Konfliktlinien und Modernisierungsprozessen prüften und deren Institutionalisierung entlang von politischen Parteien aufzeigten (vgl. Lipset/Rokkan 1967).

In Ungarn wurden die politischen und gesellschaftlichen Konfliktdiskurse im 18. und 19. Jahrhundert maßgeblich durch die Abneigung gegen die oder die Zuneigung zu der Habsburgermonarchie beeinflusst. Ungarn firmierte als Juniorpartner, der deswegen als Zeichen der Ebenbürtigkeit das Parlament in Budapest bauen ließ.

Der Ruf nach einem unabhängigen Ungarn ging aus der ungarischen nationalen Revolution von 1848 hervor. Die stets neu zusammengesetzten politischen Gruppierungen waren daran interessiert, die nun in die „ungarische“ Seele eingebrannte „Habsburg-Angst“ zu konservieren und zu reproduzieren, um das politische System möglichst stabil zu halten. Die „Habsburg-Angst“ von damals äußerte sich erstens als Furcht vor einem übermächtigen Wien und dem Kontrollverlust Budapests und zweitens als romantisches Festklammern an den Resten nationaler Souveränität (vgl. Barlai: 2017: 58–71).

So formierten sich in Ungarn zwei Hauptkonflikte, die das politische System des Landes bis heute prägen: Diese sind zum einen die als Folge der Industrialisierung entstandenen ökonomischen Gegensätze zwischen den Urbanisten und den sogenannten Agrarpopulisten und zum anderen die durch die Nationalisierungsbestrebungen geschürten Konflikte zwischen den Traditionalisten und den „Westernizern<sup>2</sup>“. Erstere betonen bereits seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts die nationale Selbstständigkeit. In ihrer Programmatik setzen sie den Schwerpunkt auf die Bewahrung nationaler Traditionen und Werte. Die Westernizer dagegen setzen auf Europäisierung und Globalisierung ohne feste Bindung an die nationalen Traditionen und betrachten den mit internationalen Verträgen einhergehenden Souveränitätsverzicht als eine notwendige Selbstverständlichkeit. Auf der ökonomischen Ebene vertraten die Agrarpopulisten christlich-nationale Werte, während sich die Urbanisten für die westlichen, liberalen Werte und die städtischen Interessen einsetzten. Auf der kulturellen Ebene standen die Aristokraten, die um die Erhaltung ihrer privilegierten Vorrechte willen der Habsburgermonarchie die Treue hielten, dem verarmten revolutionären Volk gegenüber.

Im Gegensatz zu westeuropäischen politischen Systemen, in denen demokratische Strukturen aus den Forderungen der Gesellschaft und als Antwort darauf aus den ausgehandelten zwischenparteilichen Konflikten hervorgingen, mündeten die demokratischen Ideen in Ungarn Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts in von der politischen Elite ausgetragenen ideologischen Machtkämpfen. Politische Veränderungen wurden allein von der politischen Elite vorgegeben, die die Bevölkerung zu „dulden“ hatte. Im optimalen Fall waren Teile der Gesellschaft Nutznießer des Systems, jedoch ohne Mitspracherecht. Dies hatte zur Folge, dass

2 Zur Beschreibung der ideologischen Gegensätze in Ungarn nach dem Systemwechsel wurde dieser Begriff erstmalig von János Mátyás Kovács verwendet und meinte damit die Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus (vgl. Kovács: 1997: 199–252).

der Verantwortlichkeiten im Zuge der bevorstehenden Reformen (Kurtán 1995). Dennoch kann die Koalitionsbereitschaft des SZDSZ vor dem Hintergrund, dass der SZDSZ 1988 als einzige Partei von der Notwendigkeit eines Systemwechsels sprach, nur durch ein opportunistisches Argumentationsmuster erklärt werden. Die institutionelle Stärkung des Amtes des Ministerpräsidenten (Miniszterelnöki Hivatal, kurz MEH) und somit des Staatsoberhaupten begann unter der Horn-Regierung. 1997 wurde das Gesetz über die Rechtsstellung der Minister und Staatssekretäre (Gesetz LXXIX/1997) erlassen, das ermöglichte, dass das MEH von einem Minister geleitet werden kann. Bis dahin war das Amt von einem Staatssekretär für Verwaltungsangelegenheiten geleitet worden (vgl. Pesti/Farkas/Franzel 2015).

### **IV.3.3 1998–2002: Erste Orbán-Regierung**

Parteien mit christlicher Tradition waren im ungarischen Parteienspektrum nach 1989, anders als in den meisten westeuropäischen Ländern, weniger vertreten und erfolgreich. 1989 fand die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) ihre zunächst ambitionierte Neugründung als eine christlich-soziale und national-konservative Partei. Mit dem Anstieg der Fidesz-Popularität sowie der nun doppelten Vertretung von national-konservativen Werten ging ihr Rückhalt in der Bevölkerung zurück (vgl. Fricz 2006). 1994 erreichte sie lediglich 2,3 % der Wählerstimmen. Daraufhin verließen einige Abgeordnete die KDNP und gründeten 1997 den MKDSZ (Ungarischer Bund der Christdemokraten), der sich als Minderheitsflügel in die Fidesz eingliederte. Der Fraktionsverband Fidesz-MKDSZ nach dem deutschen Vorbild der CDU/CSU war nun etabliert (vgl. Kiszely 2008).

Viktor Orbán engagierte sich bereits während seiner Studienjahre politisch. Mit der Gründung von Fidesz 1988 (mehr über die ungarischen Parteien siehe das Kapitel Parteiensystem in diesem Band) rief er zusammen mit weiteren Mitgliedern des studentischen István Bibó-Fachkollegs der ELTE-Universität in Budapest eine Gegenbewegung zum ungarischen kommunistischen Jugendverband KISZ (Magyar Kommunista Ifjúsági Szövetség) ins Leben. Orbán gelangte am 16. Juni 1989, als gerade 26-Jähriger, zu Berühmtheit. Im Rahmen der feierlichen Umbettung des von den Sowjets exekutierten Ministerpräsidenten Imre Nagy – bis heute als Held von 1956 gefeiert – hielt er vor 150.000 Menschen eine viel beachtete Grabrede, in der er mutig den Abzug der Sowjettruppen forderte. Als äußerst ambitionierter und talentierter Machtpolitiker avancierte er zur unbestreitbaren Führungsperson seiner Partei, der sich schon damals von alten Strukturen nicht steuern ließ und, im Gegenteil, als neue Generationenpartei von jungen, unbelasteten Menschen („ursprünglich sollten Parteimitglieder unter 35 Jahre alt sein“) einen Aufbruch verkörpern wollte. Orbán initiierte und schaffte neue Rahmenbedingungen, die allein seinen Visionen entsprachen und seinen machtpolitischen Zielen dienten. Somit wird Orbán bereits in seiner ersten Regierungszeit dem transformativen Führungstyps zugeordnet (Körösenyi/Hajdú/Ondré 2016: 53).

Auch das Amt des Ministerpräsidenten riss Orbán rasant an sich. Als erstes ließ er das unter der Horn-Regierung erlassene Gesetz über die Aufwertung des Amtes des Ministerpräsidenten (MEH) anwenden, mit dessen Leitung der spätere Verfassungsrichter István Stumpf beauftragt wurde. Das Amt wurde durch das

Charisma Orbáns, das in den Medien strategisch gut einsetzbar war, zusätzlich personalisiert (vgl. Balogh: 2016: 11). Zudem holte Orbán, anders als einst Horn, parteilose Politiker:innen in seine Regierung, deren Anteil seit 1998 kontinuierlich zunimmt (siehe Abbildung IV.1 unten), nicht ohne Grund. Die Beförderung von Personen ohne parteipolitische Vorgeschichte bezweckt, zum einen die Legitimität des Ministerpräsidenten auch außerhalb der Partei zu sichern, zum anderen können so potenzielle Konkurrenten für das Amt in den Hintergrund gedrängt werden. Auf diese Weise entsteht ein Machtvakuum um den Ministerpräsidenten, das den Prozess der Präsidentialisierung stärkt (vgl. Izmind 2020: 66).

Tabelle IV.1: Regierungen seit 1990, Quelle: Eigene Darstellung.

Amtsperiode	Ministerpräsident (Partei)	Regierungskoalition/ Regierungsparteien	Bezeichnung	Anzahl Minister:innen (inkl. ohne Portefeuille, exkl. Premier)	Anzahl Minister:innen	Ideologische Ausrichtung
1990–1993	Antall József (MDF)	MDF-FKGP-KDNP	Antall-Regierung	18	1	Rechtskonservativ
1993–1994	Boross Péter (MDF)	MDF-Kleinlandwirte-KDNP	Boross-Regierung	18	0	Rechtskonservativ
1994–1998	Horn Gyula (MSZP)	MSZP-SZDSZ	Horn-Regierung	14	1	Linksliberal
1998–2002	Orbán Viktor (Fidesz)	Fidesz-FKGP-MDF	Erste Orbán-Regierung	17	1	Rechtskonservativ
2002–2004	Medgyessy Péter (parteilos)	MSZP-SZDSZ	Medgyessy-Regierung	16	4	Linksliberal
2004–2006	Gyurcsány Ferenc (MSZP)	MSZP-SZDSZ	Erste Gyurcsány-Regierung	17	2	Linksliberal
2006–2009	Gyurcsány Ferenc (MSZP)	MSZP (zwischen 2006 und 2008 in Koalition mit SZDSZ)	Zweite Gyurcsány-Regierung	18	4	Linksliberal
2009–2010	Bajnai Gordon (parteilos)	MSZP (nach dem Austritt des SZDSZ, ab dem 1. Mai 2008 Minderheitsregierung)	Bajnai-Regierung	15	0	Linksliberal
2010–2014	Orbán Viktor (Fidesz)	Fidesz-KDNP (Regierung mit Zweidrittelmehrheit)	Zweite Orbán-Regierung	10	1	Rechtskonservativ

**Kapitel IV Regierung und Gesetz-/Verfassungsgebungsprozess**

Amtsperiode	Ministerpräsident (Partei)	Regierungskoalition/ Regierungsparteien	Bezeichnung	Anzahl Minister:innen (inkl. ohne Portefeuille, exkl. Premier)	Anzahl Minister:innen	Ideologische Ausrichtung
2014–2018	Orbán Viktor (Fidesz)	Fidesz-KDNP (Regierung mit Zweidrittelmehrheit)	Dritte Orbán-Regierung	10	0	Rechtskonservativ
2018–2022	Orbán Viktor (Fidesz)	Fidesz-KDNP (Regierung mit Zweidrittelmehrheit)	Vierte Orbán-Regierung	14	3	Rechtskonservativ
2022–	Orbán Viktor (Fidesz)	Fidesz-KDNP (Regierung mit Zweidrittelmehrheit)	Fünfte Orbán-Regierung	15	1	Rechtskonservativ

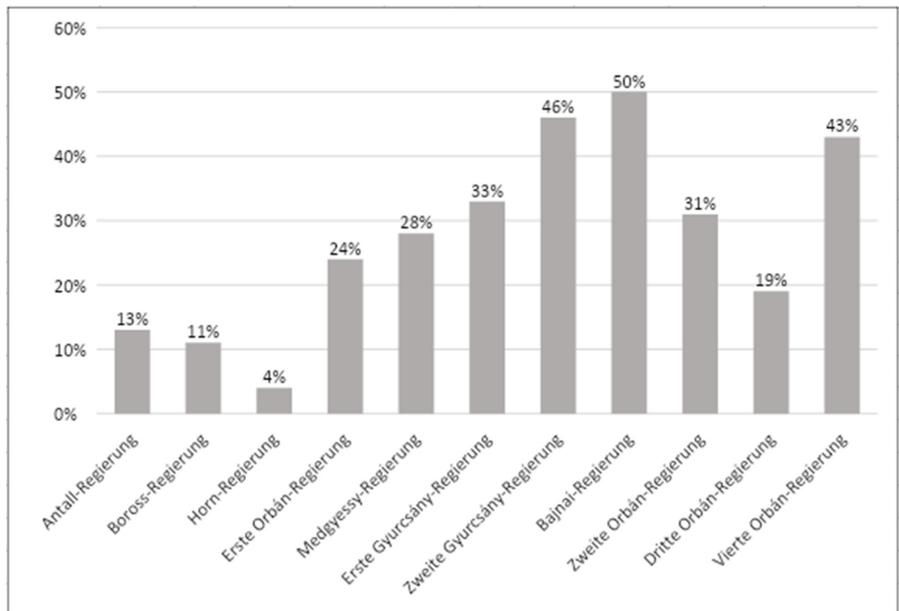


Abbildung IV.1: Anteil von parteilosen Politiker:innen in den Regierungen (ung. kormány) seit 1990, Quelle: Izmindi 2020: 65.

**IV.3.4 2002–2004: Medgyessy-Regierung**

Medgyessy galt ähnlich Gyurcsány und später Bajnai als Outsider bzw. Seiteneinsteiger, der vor seinem Amtsantritt weder Parteimitglied noch Abgeordneter gewesen war. Als Regierungschef handelte Medgyessy nach seinen Wahlverspre-

chen von 2002. Seine wohlfahrtsstaatlichen Reformen führten jedoch zu hohen Haushalts- und Staatsschulden. Zudem führte er eine unbedachte Personalpolitik (auch Ferenc Gyurcsány sollte als Minister entlassen werden). Ohne innerparteilichen Rückenwind führte seine Politik zur Regierungs- und Koalitionskrise der sozial-sozial-liberalen Regierung und bewirkte schließlich seinen eigenen Sturz. Medgyessy löste den Gedanken eines konstruktiven Misstrauensvotums aus, aber nur für den Fall, dass der Ministerpräsident nicht abdankt. Da er zurücktrat, blieb diese rechtliche Institution jedoch unberührt. Während seiner zweijährigen Regierungszeit erfuhr die Regierungsstruktur eine weitere Fragmentierung, zumal sich die Anzahl der Regierungsmitglieder durch die Verschiebung von *policy issues* auf Ministerialebene vergrößert hatte (vgl. Izmini 2020). Zugleich verlor das MEH an Bedeutung, das vielmehr als Koordinator und weniger als Gestalter fungierte (vgl. Dieringer 2009: 246). Die Übernahme von Regierungsämtern von Parteipolitiker:innen und zugleich die mangelnde Rückendeckung Medgyessys innerhalb seiner Partei (durch seine fehlende parteipolitische Vorgeschichte) führten schließlich zur Schwächung seiner Position als Ministerpräsident. Sein Beispiel zeigte, dass der Parteivorsitz oder die de facto Parteiführung, wie im Falle am Ende der ersten Amtszeit Orbáns und unter der ersten Gyurcsány-Regierung, eine zentrale Rolle bei der Stellung des Ministerpräsidenten als Richtungsgeber der eigenen Regierungspartei spielt (vgl. Dieringer 2009: 241). Da es nach dem Rücktritt Medgyessys keine Neuwahl gegeben hat, die beispielsweise das deutsche Modell der Kanzlerdemokratie erzwungen hätte, konstatierte der Politikwissenschaftler Jürgen Dieringer: „Die Kanzlerlogik des ungarischen Systems ist eben an den Parteienstaat gekoppelt. Das heißt, dass das ungarische politische System eine Kanzler- bzw. Ministerpräsidentenzentriertheit zulässt, sie aber nicht aus dem institutionellen setting heraus zwangsweise bezwingt“ (Dieringer 2009: 242).

#### IV.3.5 2004–2009: Erste und zweite Gyurcsány-Regierung

Einst kommunistischer Jungfunktionär, gelangte Ferenc Gyurcsány Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Privatisierungsturbulenzen zu Reichtum und stieg zu einem der vermögendsten Ungarn auf.–Ferenc Gyurcsány übernahm das Amt Medgyessys im Jahre 2004 und bald darauf auch die Führungsrolle („vezér“) in der Partei. Als Leitbild schwebte ihm, weit entfernt vom sozialistischen Planwirtschaftsdenken, ein wirtschaftspolitischer „dritter Weg“ vor, den der frühere britische Premierminister Tony Blair zu Anbeginn des neuen Jahrtausends als sozialdemokratische Positionsbestimmung gepredigt hatte (vgl. Gyurcsány 2006). Mit dem Amtsantritt standen bei ihm marktliberale Reformen im Mittelpunkt. Hintergrund dafür war eine Verflechtung der Altfunktionärskader mit den privatisierten Staatsunternehmen. Nach den Parlamentswahlen war jedoch die „Geheimrede“ des Ministerpräsidenten Gyurcsány an die Öffentlichkeit gelangt. Er gab in einem vulgären Ton zu, die Staatsverschuldung vor den Parlamentswahlen 2006 bewusst verheimlicht zu haben. Es folgten landesweite Demonstrationswellen mit gewalttätigen polizeilichen Übergriffen auf die Demonstrant:innen. Hinzu kam, dass sich die wirtschaftliche Situation, auch durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009/10, immer mehr verschlechterte, Ungarn am Rande eines Staatsbankrotts stand.

Gyurcsány verfolgte den Ausbau des Ministerpräsidentenamtes als eine politische Institution der strategischen Planung für Regierungsangelegenheiten. 2006 wurde das Ministerpräsidentenkabinet, das zuvor für die Organisation der Aufgaben des Ministerpräsidenten und die Koordinierung der Regierungskommunikation zuständig war, aufgelöst. Da das Zwischenorgan wegfiel, wurde das ganze MeH dem Ministerpräsidenten unterstellt, das die Aufgaben des Kabinetts übernahm.

Gyurcsány schaffte in seiner zweiten Amtszeit Ministerien ab, deren Funktionen wurden jedoch in den Bereich des MeH verschoben, womit das Amt zusätzliche Aufwertung erfuhr (vgl. Dieringer 2009: 249f.). Ähnlich Orbán vor ihm ernannte auch Gyurcsány gern Outsider als Minister, wovon er sich, neben seinen erfolgreichen Bemühungen, die „vezér“-Position in der Partei aufzubauen, zusätzliche Legitimation als Ministerpräsident erhoffte.

Gyurcsány wurde von der sozialistischen Partei zum Ministerpräsidenten bestimmt, und musste sich sein politisches Hinterland in der Partei erst nach seinem Amtsantritt ausbauen. Zunächst mit Erfolg, zumal er 2006 wiedergewählt wurde. Allerdings hielt seine innerparteiliche Position nicht lange stand. Die miserablen wirtschaftlichen Kennzahlen, die verfehlte Sozialpolitik und folglich die ungünstigen Meinungsumfragen führten zunehmend zu Konflikten in der MSZP, die zu seiner Marginalisierung und letztlich zu seinem Bruch geführt haben, mit dramatischen Konsequenzen für die Sozialisten beim Wahlausgang 2010 (vgl. Körösnéyi/Hajdú/Ondré 2016: 42).

#### **IV.3.6 2010–2022: Zweite, dritte und vierte Orbán-Regierung**

Infolge des Wahlsieges der Fidesz-KDNP Koalition 2010 und der Erlangung von zwei Dritteln der Parlamentssitze wurden bedeutende Systemreformen eingeleitet. Viktor Orbán bescherte das Ergebnis nach zwei verlorenen Wahlen ein fulminantes Comeback in der ungarischen Machtpolitik. Schnell wollte er die Gestaltungsfreiräume dafür nutzen, an den Stellschrauben des politischen Systems zu drehen und einschneidende Veränderungen zu implementieren. Das galt auch für eine neue Verfassung, die mit der Zwei-Drittel-Mehrheit im Rücken ohne größere parlamentarische Debatten „durchgepeitscht“ wurde. Zwar rührt das neue Grundgesetz die Form des politischen Systems Ungarns als parlamentarische Demokratie nicht an. Dennoch wurde mit den Systemreformen auch die Exekutive umstrukturiert und das Amt des Ministerpräsidenten weiter gestärkt. Im neuen Grundgesetz heißt es: „Der Ministerpräsident bestimmt die Regierungspolitik in Grundsatzfragen.“ (Art 18., Abs. 1. UGG). Die Machtverschiebung innerhalb der Exekutive wird beim Vergleich dieser Regelungen mit denen vor 2010 deutlich. Die alte Verfassung versah den Ministerpräsidenten in der Regierung mit der Leitung der Regierungssitzungen, mit der Durchführung von Regierungsbeschlüssen sowie mit der Koordinierung der der Regierung unterstellten Institutionsaufgaben (Art 26., Abs. 1. UVerf.). Insbesondere ab der zweiten Hälfte der zweiten Regierungsperiode Orbáns (2010–2014) wurden Regierungspositionen immer mehr von Parteipolitiker:innen bekleidet (siehe Tabelle IV.2).

(wieder-)hergestellt werden. Die erste Änderung der ungarischen Verfassung mit- samt deren Umbenennung ins Grundgesetz zelebriert gerade dieses Leitbild: Statt der früheren Bezeichnung Ungarns als „Republik Ungarn“ heißt es nun Ungarn bzw. „Magyarenland“ (vgl. ebd.). Im Sinne der Schaffung einer transnationalen Kulturturnung wurden sowohl das Wahlgesetz (siehe ausführlicher das Kapitel Wahlsystem in diesem Band) wie auch das Staatsbürgerschaftsgesetz angepasst. Seit 2011 existiert ein vereinfachtes Verfahren der Naturalisation (*ung. honosítás*). Der Antrag auf die ungarische Staatsbürgerschaft erfordert nicht länger den Nachweis einer Residenz in Ungarn, sondern lediglich die Bescheinigung von ungarischen Vorfahren. Zudem ist auch eine Renaturalisation (*ung. visszahonosítás*) für jene Personen vereinfacht möglich, die etwa durch Emigration nach der gescheiterten Revolution von 1956 aus Angst vor politischer Verfolgung ihre Staatsbürgerschaft verloren haben (vgl. Csizmadia 2020: 56). Zwischen 2011 und 2020 sind über 900.000 Antragstellungen bei den ungarischen Behörden eingegangen (vgl. ebd.: 57), von denen bei der letzten Parlamentswahl im April 2022 456.000 im Wähler:innenverzeichnis der Briefwähler:innen registriert waren. Von ihnen nahmen 269.000 (knapp 60 Prozent) an der Wahl teil (vgl. NVI 2022). Sie bilden nun einen festen Bestandteil der politischen Gemeinschaft Ungarns mit nicht zu unterschätzender Einflussgröße auf die Machtverteilung im ungarischen Parlament (vgl. Kapitel Wahlsystem in diesem Band).

Die ethnischen Ungar:innen genießen als Teil der angestrebten nationalen homogenen Identität die besondere Protektion der Orbán-Regierung. Orbán selbst will das vorleben. Im November 2022 sorgte er mit einem offen zur Schau gestellten und über soziale Medien verbreiteten Großungarn-Fußballschal für internationale Aufregung (vgl. FAZ 2022). Die nationalen Minderheiten dienen wiederum als Legitimationsinstrument der Fidesz-Regierung. Im nächsten Schritt sollen von den dreizehn in Ungarn lebenden nationalen Minderheiten zahlenmäßig die zwei größten, die Roma und die Deutschen, vorgestellt werden.

#### VIII.4 Die Roma

Die Roma bilden die größte ethnische Minderheit Ungarns mit einer geschätzten Bevölkerungszahl von rund 700.000 (sieben Prozent der Gesamtbevölkerung). Ihre Herkunftsregion Nordindien verließen sie zwischen dem 4. und dem 14. Jahrhundert. Danach wurden sie auf dem europäischen Kontinent sesshaft, doch sie waren Spätankömmlinge: Die Grundstrukturen der späteren Territorialstaaten hatten sich bereits herausgebildet. Die ethnische Gruppe der Roma verfügte über kein historisches Territorium und über kein Mutterland. Damit gehören sie bis heute zu den Streu- oder Diaspora-Ethnien, die zwar starkes ethnisches Bewusstsein, aber kein Nationalbewusstsein entfalten (vgl. Egbert 2007: 17). Spätestens ab dem 16. Jahrhundert sahen „Zigeuner“ Ungar:innen als ihre Heimat an, und ihre Einwanderung wurde mit Schutzbriefen der Fürsten akzeptiert. Während der Kriege gegen die türkischen Eroberer deckten die Roma den Bedarf an Handwerkern: Sie besaßen in der Metallproduktion und -verarbeitung, in der Reparatur von Waffen sowie im Holzschnitzen für die Mehrheitsgesellschaft unerlässliche Fähigkeiten (vgl. Várnagy 1999).

## Kapitel VIII Die Stellung der Minderheiten

Die Roma bilden keine homogene Bevölkerungsgruppe. Allein in Ungarn können vier größere Gruppen unterschieden werden. Die alteingesessenen Roma („*Rom-ungrók*“) stellen rund 70 Prozent. Sie kamen im 15./16. Jahrhundert nach Ungarn und haben eine eigene Kultur des Musizierens entwickelt. Sie wandelten ihre Muttersprache, das Romanes, in eine europäische Sprache um, die viele ungarische Elemente in sich trägt und mit zwei Dialekten die am häufigsten gesprochene Roma-Sprache ist. Der Gebrauch der Muttersprache geht allerdings immer mehr zurück: 1893 gaben noch 30 Prozent der alteingesessenen Roma Romanes als ihre Muttersprache an, 1983 nur noch 10 Prozent. Heute dürfte die Zahl noch niedriger sein (Kemény 2002). Die Oláhzeigeuner kamen in der zweiten Hälfte des 19. und in der Mitte des 20. Jahrhunderts aus dem Gebiet der Moldau nach Ungarn und bilden heute etwa 21 Prozent der Minderheit. Sie sprechen Romani und den „*Oláhdialekt*“ (vgl. Kemény/Janky 2003). Die Rumänisch sprechenden Roma, die sich „*Beás*“ (Bergarbeiter:innen) nennen, kamen Ende des 19. Jahrhunderts aus Rumänien, um im Bergbau Beschäftigung zu finden. Ihre ursprüngliche Sprache haben sie fast verloren. Sie sprechen heute einen archaischen Dialekt des Rumänischen. Nur einen kleinen Teil macht die ethnische Untergruppe der Sinti aus, deren Vorfahren vermutlich vor sechshundert Jahren in deutschsprachiges Gebiet einwanderten. In Ungarn sprechen etwa die Hälfte der Roma eine Romani-Sprache (vgl. Zatreanu/Halwachs o. J.: 5).

### Die Bezeichnungen „Sinti“, „Roma“ und „Zigeuner“

Die Bezeichnung „Sinti“ stammt aus der nordwestindischen Region Sindh, die Heimat ihrer Vorfahren. „Sinti und Roma“ wird vor allem im deutschsprachigen Raum verwendet. Diese Begriffe entstanden im Zuge der Bürgerrechtsbewegung, als die Forderung zur Eigenbezeichnung und Abgrenzung zum negativ konnotierten, oftmals als rassistisch empfundenen Begriff „Zigeuner“ laut wurde. Die Gruppe der Sinti ist ähnlich zu den Oláh, Beás etc. auch eine ethnische Untergruppe der Roma. In Ostmitteleuropa wird lediglich „Roma“ verwendet. „Rom“ bedeutet übersetzt „Mann“ oder „Mensch“.

Das Wort „Zigeuner“ ist eine Fremdbezeichnung, die im Deutschen wahrscheinlich aus dem Ungarischen (*cigány*) entlehnt ist und in ähnlicher Form in vielen europäischen Sprachen vorkommt. Der Begriff stammt aus dem Persischen (*ciganch*, Musiker, Tänzer) oder dem Byzantinischen (*atciganoi*, deutsch: Unberührbare).

#### VIII.4.1 Die Stellung der Roma vor dem Systemwechsel

Nicht zuletzt aufgrund ihrer musikalischen Fertigkeiten galten die Roma in Ungarn als integriert – anders als in anderen Teilen Europas. Oftmals wurden sie auf diese Rolle reduziert. Schon während der österreichisch-ungarischen Monarchie (1867–1918) wurden die Roma diskriminiert und zwangsweise umgesiedelt. Der populäre ungarische Schriftsteller Sándor Márai schrieb im Jahr 1938: „Zigeuner. Ist es wirklich so übel, am Rande der Landstraße zu leben, in armseligen Katen, (...) außerhalb jeder gesellschaftlichen Verpflichtung und verkrochen in der zwielichtigen, dumpfen Lehmhütte (...) – ein bisschen auch Geige fiedelnd, hühnerklauend, (...) in Rauch und Lehm und sich dabei an Indien erinnernd (...)?“

Ist es tatsächlich ein so übles Schicksal, abseits der Welt zu stehen, (...)?“ (Márai 2009: 161f.).

Die Realität holte die Romantik schnell ein, mit heftigen, inhumanen Auswirkungen. Im Zweiten Weltkrieg verschärfte sich die Abneigung gegenüber den Roma nämlich weiter – bis hin zum Massenmord (*Porajmos*) unter dem Signum der nationalsozialistischen Rassenideologie. Zwischen Juli 1944 und März 1945 kam es zur Deportation von bis zu 30.000 ungarischen „Zigeuner:innen“, von denen nur etwa 4.000 zurückkehrten (vgl. Kocsis/Bottlik 2004: 134). Seit dem Genozid erfuhr das Wort „Zigeuner“ eine rassistische Bedeutung und wird etwa vom deutschen Zentralrat Deutscher Sinti und Roma abgelehnt. In Ungarn ist nach wie vor die Bezeichnung „*cigány*“ üblich, auch als Selbstbezeichnung.

In der Nachkriegszeit wurde die Minderheitenpolitik vernachlässigt. Das neue kommunistische System sah über die Deportation der Roma hinweg (Stewart 2003). Die Roma hielten weitgehend an ihrer traditionellen Lebensweise fest, die jedoch mit der sozialistischen Arbeitsideologie unvereinbar war. Eine Verbesserung ihrer Lebenssituation brachte die „sozialistische Industrialisierung“ der 1950er und 1960er Jahre: Als Folge der industriellen Entwicklung entstanden zahlreiche Arbeitsplätze, für die man kaum Qualifikationen, vor allem aber physische Kraft benötigte. Anfang der 1980er waren 85 Prozent der arbeitsfähigen Roma und ca. 45 Prozent der Romni (weibliche Roma) in den Arbeitsprozess eingegliedert, blieben jedoch auf die unteren Einkommensgruppen beschränkt. Eine Untersuchung in den 1970er Jahren ergab, dass nur 11 Prozent der Romni Facharbeiter:innen waren, jedoch 10 Prozent angelernte, 56 Prozent unqualifizierte und 13 Prozent Landarbeiter:innen (vgl. Mihók 1999).

Von Mitte der 1960er Jahre an erhielten tausende Roma-Familien Wohnungen, die aber mit dem Buchstaben „CS“ (*ung. csökentett komfortfokozatú*, geringeres Komfortniveau) versehen waren. Dieser Umstand führte durch den kontinuierlichen Wegzug der Mehrheitsgesellschaft aus den Wohnblocks zur Marginalisierung und Wohnsegregation. Die offizielle Politik konnte trotz mancher Integrationsfolge wichtige Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Roma-Bevölkerung nicht erfassen; dieser wichtige Aspekt erklärt auch die schlechte Ausgangsposition der Roma beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft (vgl. Stewart 2003).

#### VIII.4.2 Die Stellung der Roma nach dem Systemwechsel

Mit dem Systemwechsel schien sich die allgemeine Situation der Roma zunächst zu verbessern. Die von József Antall geführte Regierung schuf 1990 eine neue Institution mit landesweiter Befugnis: das Amt für nationale und ethnische Minderheiten, dessen Aufgabengebiet die Lage der Roma erfasste. Die neuen Vereinigungs-, Rede- und Pressefreiheiten gaben auch den Roma die Möglichkeit, eigene Organisationen zu gründen. Seit 1993 sind die Roma als ethnische Minderheit in Ungarn gesetzlich anerkannt. Das führte zur Zunahme örtlicher Selbstverwaltungen (von 477 auf 1175) (vgl. KSH 2022). Das Gesetz sicherte jedoch nicht ihre finanziellen Grundlagen: Da die Roma über kein „Mutterland“ verfügen,

## Kapitel VIII Die Stellung der Minderheiten

---

entgeht ihnen sowohl moralische als auch finanzielle Unterstützung von außen. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Großindustrie erfolgte eine rasche Reduzierung der Zahl der Industriebeschäftigten, die besonders stark die unteren Gesellschaftsschichten traf, also jene, die kaum oder nur geringe schulische Bildung und Qualifikation aufweisen konnten.

Der größte Teil der Familien lebt bis heute unterhalb des durchschnittlichen Lebensstandards. Die Kaufkraftparität der Roma pro Kopf liegt weit unter dem Landesdurchschnitt, denn Roma verfügen selten über Kapital, und ihre Lebensumstände sind oft ärmlich. Sie wohnen mehrheitlich in segregierten Wohnvierteln, teilweise in Ghettos kleinerer Städte und Gemeinden. Zwischen 1992 und 2014 wuchs die Armutsrate innerhalb der ungarischen Bevölkerung von 14 auf 17 Prozent, unter den Roma von 53 auf 59 Prozent. 2013 lebten 70 Prozent der Romakinder unter Einkommensarmut, wovon im Vergleich etwa 20 Prozent der Nicht-Romakinder betroffen waren. Die oftmals prekäre Lebenssituation der Roma ist nicht zuletzt auf ihr niedriges Bildungsniveau zurückzuführen (Kóczé 2017). Laut einer OECD-Studie aus dem Jahr 2015 verfügen 78 Prozent der Roma lediglich über einen Grundschulabschluss, im Vergleich zu 24,8 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Lediglich 2,5 bis 3 Prozent erreichen die Gymnasialstufe. Über einen Hochschul- und Universitätsabschluss verfügen lediglich 1 Prozent, im Vergleich zu 18,5 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Nach wie vor sind Romakinder unterrepräsentiert in vorschulischen Einrichtungen wie Kita und Kindergarten. Problematisch ist zudem, dass sie mehrheitlich in segregierten Schulen oder Klassen unterrichtet werden. Etwa 45 Prozent der Romakinder in schulischer Ausbildung besuchen Bildungseinrichtungen, in denen mehr als 50 Prozent ihrer Klassenkamerad:innen selbst Roma sind (OECD 2015: 6f.). Oftmals dienen Sonderschulen als Auffangbecken für Kinder, die im ersten Schuljahr den Leistungsanforderungen nicht nachkommen.

Auch die vielversprechende europäische Roma-Strategie (Europäische Kommission 2011a) konnte an der prekären Situation der Roma in Ungarn nicht ändern. Zwar betonte die ungarische Strategie erstmalig, dass die Roma-Frage keine Kultur-, sondern eine Armutsfrage (Europäische Kommission 2011b) ist, und setzte den Fokus vor allem auf die peripheren Regionen im Nordosten und Osten des Landes. Trotz aller Bemühungen sind von den in Ungarn in Armut lebenden 1,2 Millionen Menschen nach Schätzungen fast die Hälfte Roma (Esély Egyesület 2020). Zwar ist zwischen 2004 und 2019 die Anzahl jener Kinder (0 bis 17 Jahre), die unter der Armutsgrenze leben, von 388.000 auf 158.000 gesunken, jedoch hat sich die Anzahl der in tiefer Armut lebenden Kinder seit 2010 verdreifacht (Eurostat 2022), von denen vermutlich die Mehrheit Romakinder sind.

### VIII.4.3 Politische Partizipation und Repräsentation der Roma

Viele Roma werden vom aktuellen Geschehen nicht erreicht, und ein Prozess der Meinungsbildung bleibt aus. Aus Angst und Misstrauen gegenüber dem Institutionensystem versuchen viele Roma ihre Abstammung zu verbergen und bekennen sich nicht zu ihrer Minderheit. Nach wie vor kämpfen die Roma-Selbstverwaltungen damit, dass sie weder in die staatlichen Strukturen noch in die Zivilsphäre

Eingang finden und/oder sich in Korruptionsskandale verwickeln. Zudem bringt die „Homogenisierung“ der Minderheit auf kommunaler Ebene zahlreiche Probleme mit sich. In den Roma-Selbstverwaltungen müssen die Vertreter:innen der vier Roma-Gruppen zusammenarbeiten. Aufgrund von Streitigkeiten zwischen den Vertreter:innen der einzelnen Gruppen (meist zwischen oláh und beás) wird eine gemeinsame Interessenvertretung trotz zahlreichen und erfolgsversprechenden Versuchen „nach außen“ erschwert, sogar unmöglich gemacht. Die ungelösten Konflikte und persönlichen Machtkämpfe innerhalb der Roma-Selbstverwaltungen verhinderten auch die gemeinsame Listenaufstellung im Vorfeld der Parlamentswahl 2022 – ein weiteres Symptom für die fehlende Homogenität, die auf Kosten von Einfluss geht.

Zudem ist die Interessenvertretung der Roma in den letzten Jahren im Zuge der von der Fidesz-KDNP-Regierung durchgeführten Verfassungsänderungen und der Wahlsystemreform geschwächt worden. Mit dem neuen Wahlgesetz trat 2012 die Institution des Minderheitensprechers in Kraft. Sollten sich die Wähler:innen als Mitglieder einer der 13 anerkannten (nationalen oder ethnischen) Minderheiten registrieren, können sie ihre Stimme für die jeweilige Minderheitenliste abgeben. Im Falle einer Stimmabgabe für eine Minderheitenliste ist die Wahl einer Partei-liste jedoch nicht mehr möglich. Mit dieser Regelung wurde die dringend zu bekämpfende Eigenheit der Roma-Parteien, sich lediglich entlang ihrer ethnischen Identität zu organisieren und gesamtgesellschaftliche Themen zu vernachlässigen, zusätzlich verstärkt. Dieser Aspekt birgt zudem die Gefahr in sich, dass sich Roma-Parteien immer weiter von der Mehrheitsgesellschaft entfernen und primär als Vasallen der jeweiligen Regierung fungieren. Problematisch ist auch, dass die Romafrage von den Gesetzgebern nicht als eine soziale Frage aufgefasst wird. Vielmehr wird Romapolitik aus einer kulturalistischen Betrachtung angegangen (vgl. Kóczé 2017). Den kulturalistischen Ansatz der ungarischen Regierung, die die bessere Integration der Roma durch eine Sozialpolitik, basierend auf der kulturellen Andersartigkeit der Roma, zu erreichen versucht, entblößt das Zitat des Fidesz-Politikers Zoltán Balog (ehemaliger Staatssekretär für Integration und Roma-Angelegenheiten und später Minister für Humanressourcen) im Jahr 2015 auf einer Konferenz in Budapest zur ungarischen Roma-Strategie:

„Zurzeit herrscht ein „Ethnobusiness“ in Ungarn vor, auch „Gypsy-crime“ genannt: Wenn Geld aus Brüssel kommt, sind alle Roma da. Wenn die Polizei anklopft, sind sie alle weg“ (Balog 2015). Der generalisierende Zugang birgt die Gefahr in sich, dass versäumte sozialpolitische Maßnahmen wie etwa die Förderung der segregierten Schulbildung von Romakindern oder der an Sozialleistungen geknüpften staatlichen Arbeitsprogramme, die wenig Chance auf einen sozialen Aufstieg oder auf die Reintegration in den Arbeitsmarkt haben, ignoriert werden. Im Gegenteil: Die Romapolitik der Fidesz-Regierung verstärkt gerade die klientelistischen Strukturen und die Abhängigkeitsverhältnisse der Roma zusätzlich. So verwundert es wenig, dass Roma-Parteien hauptsächlich als politische Trittbrettfahrer fungieren, die als Gegenleistung für ihre finanzielle Absicherung die Regierung – etwa durch parlamentarische Abstimmungen – legitimieren. Davon zeugen auch die jährlich erhobenen Statistiken hinsichtlich der Wortmeldungen

## Schlussbetrachtung: Ungarn – eine Autokratie?

### Von der Diktatur zur Demokratie und zurück?

Nach dem Fall der Sowjetunion sollten Staaten wie die Deutsche Demokratische Republik (DDR), hier durch die „Wiedervereinigung“, in liberale Demokratien transformiert werden. Im Kontext der Westintegration der ehemals kommunistischen Staaten galt vor allem Ungarn lange Zeit als Paradebeispiel, oder eben modern als *best practice*. Dort glichen sich neben dem politischen System auch ökonomische Leistungskriterien und gesellschaftliche Lebensstandards westeuropäischen Maßstäben an (vgl. Rupnik 2016: 78). Ungarn macht nun aber seit Jahren negative Schlagzeilen, wie sich etwa in der (internationalen) medialen Berichterstattung über das Land zeigt (vgl. etwa, im Lichte der Corona-Maßnahmen Spiegel online 2020). Es geht vor allem um institutionelle Fragen (Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit etc.), aber auch grundlegender um die Entwicklung der ungarischen Gesellschaft. Ob dieses Faktum lediglich an einer angeblich links-liberalen Verschwörung liegt, die „das Land der Freiheitskämpfer“ in seinem Ruf rampoliert? Oder handelt es sich einfach nur um Missverständnisse, die von zu geringen Kenntnissen „von innen“, auch sprachbedingt, herrühren? Zumindest sieht der Premierminister Viktor Orbán in Westeuropa und bei linken Kräften in den USA einen „liberalen Imperialismus“ im Vormarsch, unter dessen Signum sie Andersdenkenden ihre Weltanschauung aufzwingen wollen (Orbán 2020). Hier wird der „Untergang des Abendlandes“ (Spengler 2017) beschworen, und in diesem Sinne Ungarn als letzte Bastion der Rettung vor einer wie auch immer gearteten moralischen Dekadenz stilisiert.

Fest steht: Im Ungarn von heute scheinen sich Probleme und Diskussionen um das Verhältnis zwischen Demokratie und Diktatur brennglasartig zu verdichten. Ein Menetekel für Ungarn mit all den historischen Traumata, für Europa mit all den Krisen oder gar für die globalen Unsicherheiten jenseits der scheinbaren Überschaubarkeit im Ost-West-Konflikt? „Von der Diktatur zur Demokratie“, lautet der Klassiker des US-Amerikaners Gene Sharp (2008), der einen konkreten Handlungsleitfaden vorgab und zum Vorbild gerade für die Befreiung der Diktaturen in Osteuropa wurde. Diktaturen haben Schwachstellen, heißt es da. Mittlerweile wirken liberale Demokratien selbst „erschöpft und schwerfällig“, wie David Runciman in seinem brillanten Buch „So endet die Demokratie“ erkennt (vgl. Runciman 2018). Noch drastischer: Demokratien können sterben, gerade, wenn die Institutionen geschwächt sind und die Gatekeeper-Funktion innerhalb der Demokratie nicht mehr funktioniert (vgl. Levitsky/Ziblatt 2018). Die Autoren stufen Ungarn neben Ländern wie Polen, aber auch Ecuador als mittel-autoritär ein (Ibid.: 188) und bemerken, dass es innerparteilich bei Fidesz kaum Widerstand gegenüber diesen Schwenk gegeben habe (Ibid.: 189).

Bei der Diskussion geht es eben auch um die Rolle von Parteien. In fast allen Demokratien sinkt schließlich die Parteienidentifikation. Das liegt vor allem daran, dass einerseits das Machtinteresse der Parteien den Bürger:innen missfällt und andererseits die Bürger:innen die Parteien für die Bedingungen ihrer individuellen

## Schlussbetrachtung: Ungarn – eine Autokratie?

---

Existenz verantwortlich machen und sie damit überfordern (vgl. Kielmansegg 2013).

Unter den Indikatoren für den Abstieg der Demokratien gibt es einige, die für den „Fall der liberalen Weltordnung sprechen“. Das stellt der deutsche Politikwissenschaftler Christopher Daase fest: „die abnehmende Achtung der Menschenrechte, ein zunehmend beschränkter Freihandel, nationalstaatliche Alleingänge, und eine internationale Rechtsordnung, deren Verbindlichkeit schwindet (...)“ (vgl. Daase 2022: 159). Gibt es aber auch Wege zurück in die liberale Demokratie? Immerhin wurden vor einigen Jahren noch Wege in die Freiheit diskutiert, der „Arabische Frühling“ als „Aufstand der Ausgebildeten“ (Kraushaar 2012) ebenso wie die sogenannten „Farbenrevolutionen“ im postsowjetischen Raum. Hier wurde auch die Rolle der Sozialen Medien (Twitter, Facebook etc.) intensiv diskutiert und damals noch als positiv interpretiert. Mittlerweile gibt es hier auch breite Ernüchterung, wenn man etwa an die Situation der Ukraine (Opfer eines Aggressionskrieges seitens von Russland), Belarus oder auch Georgien (keine EU-Beitrittsperspektive wegen Korruption und Oligarchie) denkt. Ein ähnliches Bild bietet der „Balkan“, auch nach dem EU-Beitritt von Kroatien. Der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien hat sich zugespitzt, in Bosnien-Herzegowina gibt es mit der „Republika Srpska“ einen Staat im Staate. Neben Russland entfalten zahlreiche andere ausländische Kräfte, vor allem China, die Türkei sowie die Golfstaaten, Einfluss, nachdem in naher Zukunft kein EU-Beitritt zu realisieren ist. Vor zwei Jahrzehnten war die Situation weitaus hoffnungsvoller, dass „zeitnah“ eine EU-Integration gelingen könnte. Nicht nur für Ungarn hat der „Balkan“ weit über die Nachbarschaft zu Kroatien hinaus eine besondere Bedeutung. Für Orbán selbst bietet die südosteuropäische Region aus mehrfacher Sicht politisches Potenzial. Zum einen kann er sich als Hüter von Minderheitenrechten präsentieren, zumal beispielsweise in Serbien über 250.000 ethnische Ungar:innen leben. Zum anderen bieten sich durch die geographische Nähe ideale Geschäftsmodelle an. Der ideologische Rahmen durch die „Ostöffnung“ ist bereits gelegt. So hat die Regierung 2020 das „Western Balkan Investment Scheme“ ins Leben gerufen und gleich mit 7,5 Mrd. Euro ausgestattet, um eben die regionalen Wirtschaftsbeziehungen anzukurbeln. Die Paradoxie ist jedoch nicht zu übersehen. Als Verfechter der EU-Integration der West-Balkan-Länder kann sich Orbán frei auf dem eigenen außenpolitischen Terrain in der EU bewegen, zumal hier Probleme mit Blick auf die (versprochene) EU-Integration existieren. Zugleich baute er sich mit seinem System „NER“ ein „alternative role model“ zur EU auf, das in dieser Region auf große Sympathie stößt (vgl. Griessler/Elek 2021), und bei erfolgreicher EU-Integration der südosteuropäischen Länder potenzielle Nachahmer bedeuten würde.

### It's all identity, stupid?

In Ungarn scheint es nun also einen Weg zurück von der Demokratie in die Diktatur zu geben. Derselbe Francis Fukuyama, der während der Euphorie von 1989–1991 den „Siegzug der liberalen Demokratie“ als „Ende der Geschichte“, hegelianisch als logische Folge einer geistigen Weiterentwicklung der Menschheit prophezeite (vgl. Fukuyama 1989), schreibt nun über „Identität“. Seine zentrale

## Namens- und Sachregister

Die Angaben verweisen auf die Seitenzahlen des Buches.

### A

Antall, József 91–93, 95, 99, 105, 123, 159, 165  
Antisemitismus 167, 169, 197  
Artikel 7 23, 126  
Autokratie 23–25, 34, 35, 41, 115, 195, 199

### B

Bewegung 13, 51, 52, 60, 66, 80, 83, 137, 139, 140, 143, 144, 173, 176, 178, 182, 184, 186–188, 192  
Bokros-Paket 80, 82  
Boross, Péter 91, 92, 95, 99  
Briefwahl 34, 41, 43  
Budapest 18, 20–22, 31, 33, 36, 38, 52, 53, 56, 57, 65, 94, 116, 118, 123, 127, 128, 130, 138, 152, 161, 168, 169, 175, 176, 178, 179, 181, 182, 197, 198

### C

Central European University (CEU) 16, 17, 117, 126, 130, 187  
China 18, 19, 62, 121, 129, 130, 134, 172, 196, 200, 203  
Covid-19 117, 200

### D

Dekrete 87, 130, 133, 148, 200, 202, 204  
Demokratie 12–15, 18, 20, 21, 23, 24, 29, 34, 37, 43, 49, 57, 71, 79, 84, 87–90, 98, 109, 111, 119, 126, 135, 146, 174, 177, 179, 182, 188, 195–200, 202, 204, 205  
Deutsche 12, 63, 123, 142, 162, 163, 195  
Diaspora 155–157, 169  
DK (Demokratikus Koalíció) 40, 55, 57, 58, 64, 65, 68, 106  
Donauschwaben 122, 163  
Doppelte Gewinnerkompensation 39, 40

### E

Einerwahlkreise (EWK) 31–33, 36–38, 40  
Euro 20, 44, 116, 129, 130, 133, 134, 145, 196  
Europäische Union 18, 24, 55, 84, 129, 132, 167, 180, 191  
Europäische Volkspartei 61, 126  
Euroskeptizismus 132, 134

### F

Fidesz 13, 14, 17, 20, 23, 25, 32, 37, 38, 40, 42, 51, 52, 55–73, 79, 82–88, 93–96, 98, 99, 101, 105, 108, 113, 115–118, 124, 126–128, 130–132, 140, 144–146, 148, 151, 157, 161, 166, 182–185, 188–191, 193, 195, 198, 199, 201, 204  
Flüchtlinge 11, 17, 62, 93, 140, 168  
Forint 44, 145  
Fragmentierung 72, 91, 97, 185  
Freiheitskampf 20, 62, 90, 136, 192  
Fudan-Universität 18, 130

### G

Gender 16, 21, 22, 25, 38, 46, 51, 54, 56, 57, 61, 82, 93, 102, 113–115, 117, 119, 123, 144, 156, 157, 162, 168, 169, 172, 180, 195, 198, 199, 203  
Geopolitik 18, 134, 203  
Georgien 130, 196, 203  
Germanisierung 148  
Gerrymandering 38, 86, 152  
Gesetzgebung 75–80, 82–85, 88, 89, 101, 102, 108, 145, 200–202  
Gewerkschaft 65, 76, 85, 91, 103, 137–139, 143, 148, 175, 179, 182, 184, 187  
Globalisierung 14, 23, 53, 129, 144, 197  
Grundgesetz 16, 49, 86, 98, 105, 109, 151, 157, 200  
Gulyás, Gergely 15  
Gyurcsány, Ferenc 20, 56, 57, 64, 65, 83, 91, 92, 95–99, 105, 181

## Namens- und Sachregister

---

### H

Homogenisierung 38, 155, 161

### I

Illiberaler Staat 18, 129

Institutional Engineering 20, 32, 106,  
109, 200, 202

Integration 18, 71, 121–125, 156, 161,  
169, 179–181, 189, 191, 196

### J

Jobbik 20, 40, 51, 52, 55, 56, 58, 64, 65,  
67, 68, 70, 72, 84, 167, 182, 184, 192

Juncker, Jean-Claude 16, 126, 127

### K

Karácsony, Gergely 57

Klientelismus 46, 199

Kohl, Helmut 17, 122, 164

Komitate 31, 89, 114, 136, 152

Kommunismus 13, 21, 64, 112, 121, 138,  
163, 193

Konfliktlinien (Cleavages) 49, 52, 53, 55,  
72

Konservatismus 50, 76, 87

Korruption 113, 128, 134, 184, 196, 200,  
202, 203

### L

LGBTQ 85, 114, 115, 188, 203

Liberalismus 21, 50, 53, 92, 119, 129

LMP (Magyarország Zöld Pártja) 40, 51,  
55–58, 65, 67, 68, 71, 84, 126, 182,  
192

Lügenrede 57, 64

### M

Macht 14, 23, 25, 54, 59, 65, 77, 84, 89,  
90, 93, 100, 101, 116, 137, 140, 145,  
201–203, 205

Maria Theresia 89

Márki-Zay, Péter (MZP) 65, 66, 68, 106

MCC (Mathias Corvinus Collegium) 61,  
118

Mediengesetz 112, 116, 120, 128, 184,  
200

Medienkrieg 112

Meinungsumfrage 35, 63, 98, 123, 199

Mečiar, Vladimír 205

Mi Hazánk 40, 66–68, 72, 73, 167

Minderheiten 13, 21, 34, 42, 46, 66, 84,  
86, 91, 94, 95, 105, 122, 126, 128,  
136, 148, 151–163, 165, 166, 168,  
169, 174, 196, 201, 202

Mitteleuropa 121, 173

Mohács 18

Monarchie 76, 90, 152, 158, 192

MSZP (Magyar Szocialista Párt) 36, 40,  
50–52, 55–57, 59, 60, 64, 65, 67, 68,  
71, 80, 82, 83, 92, 93, 95, 98, 112

### N

Nagy, Imre 13, 50, 94, 186

Nation 13, 18, 21, 22, 55, 60, 113, 129,  
144, 151, 153, 156, 174, 177, 192, 198

Nationalstaat 113, 172

NER (Nemzeti Együttműködés Rendsze-  
re) 60, 61, 196

Non Governmental Organizations  
(NGO) 14, 71, 119, 144, 145

North Atlantic Treaty Organization  
(NATO) 18, 84, 123, 128, 130, 179

### O

Oligarchie 196

Opposition 14, 19–21, 25, 40, 52, 54, 55,  
60, 65, 66, 68, 72, 76, 78–80, 82, 84–  
88, 100, 102–107, 118, 124, 137–140,  
143, 146–149, 156, 176, 178, 184–186,  
188, 189, 192, 193, 198, 199, 204, 205

Orbán, Viktor 13–25, 27, 34, 37, 56–63,  
65, 69, 75, 83, 84, 86, 87, 91, 92, 94–  
96, 98–101, 105, 106, 108, 109, 112,  
113, 115, 118–122, 124–127, 129–133,  
140, 144–149, 151, 156, 157, 167–169,  
183–186, 189, 191, 193, 195, 196,  
198–206

### P

Parlamentarismus 11, 28, 29, 75, 77, 79,  
80, 82, 83, 86–88, 102, 200, 202

Parteien 11–14, 16, 17, 20, 21, 23, 25,  
28–32, 36, 39, 40, 42–44, 49–62, 64–  
73, 75, 77–88, 90–100, 108, 111, 112,  
114, 124–128, 130, 131, 137–144, 147,  
148, 161, 162, 166, 167, 173, 175,  
176, 178–180, 182–186, 188, 189, 191,  
192, 195, 199–202, 205  
Parteienfinanzierung 49, 70  
Partizipation 43, 136, 153, 160, 171, 172,  
175, 183, 186, 188, 201, 202  
Polarisierung 19, 173, 203  
Politische Kultur 171, 176, 179, 183, 192,  
201, 202  
Postmaterialismus 172  
Präsidentialisierung 100  
Protest 63, 116, 130, 142, 175, 176, 179,  
182, 204  
Putin, Wladimir 18, 19, 129, 203  
**R**  
Räterepublik 29, 136  
Rechtsextremismus 52, 56, 72, 202  
Rechtsstaat 20, 24, 134, 199, 204  
Referendum 63, 79, 83–85, 104, 125,  
132, 151, 156, 176, 179, 186, 189, 190  
Reform 70, 173  
Regierungssystem 101, 109  
Repräsentation 27, 78, 160, 165  
Revolution 13, 20, 50, 53, 60, 62, 76, 82,  
89, 90, 93, 111, 114, 136, 148, 152,  
153, 157, 172, 174–177, 185, 198  
Rhetorik 124  
Roma 13, 18, 20, 46, 52, 56, 128, 151,  
155, 157–162, 165, 167–169, 202  
Runder Tisch 101  
Russland 12, 18, 19, 62, 117, 121, 128–  
130, 136, 184, 186, 196, 198, 200, 203  
**S**  
Samisdat 138, 140  
Sklavengesetz 55, 65, 85, 184  
Soros, George 16, 17, 117, 119, 126, 127,  
132, 141–143, 145, 146, 149, 156,  
168, 201  
Sozialdemokratie 64, 92  
Staat 12, 15, 16, 18, 19, 22, 41, 49, 59,  
61, 70, 72, 89, 109, 114, 129, 135,

142, 145, 146, 181, 185, 189, 196,  
198, 199, 202, 203, 205  
Staatspartei 14, 49, 59, 72, 199  
Stephanskrone 198  
Systemwechsel 49, 53, 54, 70, 71, 90,  
92, 100, 101, 104, 106, 107, 111–113,  
119, 122, 123, 151, 156, 158, 159,  
165, 169, 176  
Szabad Demokraták Szövetsége – a Ma-  
gyar Liberális Párt, SZDSZ 51, 55, 59,  
71, 79, 80, 82–84, 93–95, 102, 105,  
112, 139, 140, 174  
Szájér, József 14  
**T**  
Transformation 13, 18, 58, 59, 72, 78,  
80, 82, 92, 106, 149, 179  
Traumata 11, 195  
Trump, Donald 14, 119, 127  
**U**  
Ukraine 12, 17, 19, 69, 87, 117, 128–132,  
154, 166, 177, 186, 196, 200–203  
**V**  
Verfassung 14, 15, 20, 24, 27, 32, 40, 76–  
78, 83, 84, 86, 90, 91, 98, 102, 104–  
107, 109, 128, 157, 198, 200, 202  
Verfassungsgericht 19, 36, 40, 41, 43, 78–  
80, 82–84, 88, 89, 102, 106–109, 111,  
112, 202  
Vertrag von Trianon 16, 154, 155, 163,  
173, 177  
Visegrád-Staaten 204  
Volksabstimmung 62, 78, 79, 85, 88, 105,  
107, 124, 146, 167, 188  
**W**  
Wahlautokratie 23, 34, 46, 47  
Wahlen 11, 13, 14, 20, 21, 23–25, 27–47,  
49–52, 55, 57, 59, 60, 62–72, 76–80,  
82–88, 92, 93, 97–100, 102, 103, 105–  
108, 113, 116, 118, 124, 126, 128,  
132, 139–144, 146, 157, 161, 165–167,  
175–177, 179, 181, 183–186, 188, 191,  
192, 198, 199, 201–204  
Wahlmanipulation 25

## Namens- und Sachregister

---

Wahlrecht 20, 27, 30, 41–43, 45, 76, 77,  
87, 175

Westen 12, 16, 21, 58, 121, 122, 130,  
131, 140, 141, 163, 173, 203

Wirtschaftskrise 82, 97, 125

Zivilgesellschaft 23, 60, 65, 71, 102, 113,  
135–139, 141, 142, 144–149, 178, 185,  
192, 201, 202, 205

Zwei-Drittel-Mehrheit 13, 14, 51, 55, 98,  
202

## Z

Zentralisierung 58, 91, 184, 187

## Bereits erschienen in der Reihe STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)



**Autokratien**  
Von Prof. Dr. Uwe Backes  
2022, 205 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-8003-7



**Die Rechte indigener Völker im Menschenrechtssystem**  
Von Jessika Eichler, Ph.D.  
2022, 266 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6483-9



**Das Regierungssystem der USA**  
Von Dr. Michael T. Oswald  
3., aktualisierte und erweiterte Auflage,  
2021, 322 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6950-6



**Demokratie**  
Von Prof. Dr. Samuel Salzborn  
2., aktualisierte und erweiterte Auflage,  
2021, 186 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-8296-3



**Migrationspolitik**  
Von Prof. Dr. Hannes Schammann und Dr. Danielle Gluns  
2021, 274 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4054-3



### **Chinese Politics**

Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt  
2021, ca. 270 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4673-6



### **Föderalismus**

Von Prof. Dr. Roland Sturm  
3., umfassend aktualisierte Auflage,  
2020, 201 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-7786-0



### **Das politische System der Schweiz**

Von Prof. Dr. Adrian Vatter  
4., vollständig aktualisierte Auflage,  
2020, 592 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6564-5



### **Rechtsextremismus**

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn  
4., überarbeitete und erweiterte Auflage,  
2020, 186 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6759-5



### **Das erste Forschungsprojekt**

Von Prof. Dr. Tom Mannewitz  
2020, 344 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6760-1



**Entscheidungs- und Spieltheorie**  
Von Prof. Dr. Joachim Behnke  
2., durchgesehene und aktualisierte Auflage,  
2020, 230 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-6254-5



**Hispanoamerika**  
Von Prof. Dr. rer. pol. Hartmut Sangmeister  
2019, 249 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-5102-0



**Internationale Politische Ökonomie**  
Von Prof. Dr. Stefan A. Schirm  
4., unveränderte Auflage,  
2019, 290 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-5984-2



**Theoretiker der Politik**  
Von Prof. em. Dr. Frank R. Pfetsch  
3. Auflage  
2019, 614 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-5015-3



**Chinesische Politik**  
Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt  
2., aktualisierte und überarbeitete Auflage,  
2018, 252 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4238-7



**Internationale Sicherheit und Frieden**  
Von Prof. Dr. Heinz Gärtner  
3., erweiterte und aktualisierte Auflage,  
2018, 338 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4198-4



**Methoden der Politikwissenschaft**  
Von Prof. Dr. Bettina Westle  
2. Auflage,  
2018, 436 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-3946-2



**Parlamentarismus**  
Von Prof. Dr. Stefan Marschall  
3., aktualisierte Auflage,  
2018, 265 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-5231-7



**Weltbilder und Weltordnung**  
Von Prof. Dr. Gert Krell und Prof. Dr. Peter Schlotter  
5., überarbeitete und aktualisierte Auflage,  
2018, 462 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4183-0



**Grundbegriffe der Politik**  
Von Dr. Martin Schwarz, Prof. Dr. Karl-Heinz Breier und Prof. Dr. Peter Nitschke  
2., aktualisierte und erweiterte Auflage,  
2017, 246 Seiten, broschiert,  
ISBN 978-3-8487-4197-7